

## **Sparpakete: Was bedeuten sie für uns?**

Die meisten Staaten Westeuropas, aber auch die USA und Japan sind heute hoch verschuldet. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre hat diese Verschuldung noch erhöht. Defizitäre Haushalte wurden durch stagnierende oder sinkende Steuereinnahmen und steigende Staatsausgaben verstärkt.

Ursache für die höheren Ausgaben in der Krise waren die gestiegene Arbeitslosigkeit, diverse Stimulus-Pakete gegen den Konjunkturerinbruch, aber auch die Rettung von Banken und Autoherstellern. Nun versuchen viele Länder, ihre Staatsdefizite zu verringern. Das betrifft nicht nur jene Krisenstaaten Europas, die finanzielle Unterstützung über die Rettungsschirme der Europäischen Union, die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfond erhalten. Auch Staaten, die (bis jetzt) keine Finanzhilfen in Anspruch nahmen, versuchen ihre Staatshaushalte zu konsolidieren.

### **Sparpakete helfen nicht sparen**

Dazu werden so genannte Sparpakete „geschnürt“. Der Begriff „Sparpaket“ ist dabei ein wenig irreführend, weil tatsächlich „gespart“ wird dabei ja nicht. Denn trotz Sparmaßnahmen kommt es ja nicht dazu, dass der Staat in seinem Haushalt einen Überschuss erwirtschaftet und etwas beiseitelegt. Allerdings streicht der Staat einerseits Ausgaben; andererseits werden Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht. Höhere Steuern und Abgaben sind in den meisten Ländern politisch leichter durchsetzbar. Nur die USA mit ihrer Tea Party, einer starken Anti-Steuer-Bewegung, bilden da eine Ausnahme.

Höhere Steuern, Abgaben und Gebühren bedeuten in der Regel mehr Einnahmen für den Staat. Das hat allerdings eine Kehrseite: den privaten Haushalten bleibt weniger Geld für Konsum und finanzielle Rücklagen; den Unternehmen bleiben weniger Mittel für Investitionen. Auf der Ausgabenseite sparen Staaten in normalen Zeiten bei Subventionen. Zudem werden Pensionen, Beihilfen und Beamtengehälter nicht der Inflation angepasst, das Pensionsalter wird angehoben, Frühpensionierungen erschwert.

### **Maßnahmen, die die Bevölkerung treffen**

Staaten, die Hilfe beim Internationalen Währungsfonds (IWF) oder bei einem der Euro-Rettungsschirme beantragen, müssen meist größere Einschnitte vornehmen, z.B. die Senkung von Pensionen oder Entlassungen von öffentlich Bediensteten. Auch diese Maßnahmen machen sich direkt in der Geldbörse der Betroffenen bemerkbar und bewirken mehr Zurückhaltung beim Konsum. Deshalb stellt sich gerade in Zeiten geringen oder ausbleibenden Wachstums die Frage: „Soll das Budget gerade jetzt konsolidiert werden? – Auch dann, wenn sich dies negativ auf die Konjunktur auswirkt?“ Darüber sind PolitikerInnen und ExpertInnen in den USA, Japan und Europa geteilter Meinung.

Die einen sagen: Wachsende Staatsschulden sind mittelfristig eine bedeutende Wachstumsbremse; also hat die Konsolidierung Vorrang. Andere halten dies für den falschen Weg. Sie sagen: Wir sparen uns in die Rezession.

Für welche Maßnahmen die Politik sich auch entscheidet, eines müssen wir uns vor Augen halten: Höhere Steuern und weniger Staatsausgaben helfen auf Dauer ebenso wenig wie ein Konjunktur-Stimulus durch den Staat. Viel entscheidender ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Ohne sie kann es kein nachhaltiges, also ohne zusätzliche Schulden finanziertes Wirtschaftswachstum geben.